



LANDKREIS ROTENBURG (WÜMME)
DER LANDRAT

Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Abfallwirtschaft
am 10.04.2008
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Hartmut Leefers
Abg. Reinhard Frick
Abg. Heinz-Günter Bargfrede

Abg.e Hedda Braunschurger
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Dr. Peter Fröhlich

Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

Vertretung für Abgeordneten Hans-Cord Graf
von Bothmer
ab 14:45 Uhr

Vertretung für Abgeordneten Jan-Christoph
Oetjen

Vertretung für Abgeordneten Rüdiger Bruns

Vertretung für Abgeordneten Ralf Borngräber

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
Dipl.-Ing. Hans-Wilhelm Schröder
VA Gerd Holtermann

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Ralf Borngräber
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Jan-Christoph Oetjen

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung 30.11.2007
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Altpapierentsorgung
Vorlage: 2006-11/0421
- 6 Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Rotenburg (Wümme) für die Jahre 2008 bis 2012
Vorlage: 2006-11/0230
- 7 Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen
Vorlage: 2006-11/0422
- 8 Preisprüfung Thermische Verwertung
Vorlage: 2006-11/0423
- 9 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende **Leefers** begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung sowie die Zuhörer und Pressevertreter.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt. Die Eilanfrage der Kreistagsfraktion B'90 / Die Grünen soll unter Tagesordnungspunkt 5 behandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschluss:

Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Abfallwirtschaft vom 30.11.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	4

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Erster Kreisrat **Dr. Lühring** berichtet, dass die zunächst für den 8. April 2008 terminierte Sitzung am 26.03.2008 abgesagt wurde, da zu dem Zeitpunkt kein Erfordernis für eine Sitzung bestand. Erst am 01.04.2008 habe sich die Situation für die Einberufung der heutigen Sitzung aufgrund der Entwicklung auf dem Altpapiersektor ergeben.

Trotz der Aktualität des Altpapierthemas habe er daran festgehalten, zunächst den Ausschuss für Abfallwirtschaft zu informieren und erst danach in der Presse Stellung zu beziehen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Altpapierentsorgung**

Abg. Braunschurger nimmt ab 14.45 Uhr an der Sitzung teil.

Erster Kreisrat **Dr. Lühring** erklärt, dass er seine Ausführungen in die Bereiche Darstellung des öffentlichen Altpapiersystems, Entwicklung der letzten Tage und Wochen, unmittelbare Auswirkungen und weiteres Vorgehen darstellen werde.

Zum öffentlichen System berichtet er, dass die Sammlung und die Verwertung des Altpapiers 2007 neu ausgeschrieben worden seien und sich die heimische Firma Oetjen Rohstoffhandel gegen eine ganze Reihe von großen Entsorgern durchgesetzt habe. Der geschlossene Vertrag habe eine Laufzeit bis 2010 und beinhalte eine Option bis 2014. Inhaltlich enthalte der Vertrag Aufwands- und Ertragskomponenten. Eine Preisgleitklausel sei wegen der kurzen Mindestvertragslaufzeit nicht vereinbart worden.

Im Landkreis Rotenburg (Wümme) würden ca. 10.000 Mg Altpapier pro Jahr gesammelt, 2/3 über die Containerstandorte und ca. 1/3 über die Sammlung der Vereine. Eine geringe Menge würde durch Fa. Oetjen direkt gesammelt bzw. über die Container auf der Entsorgungsanlage Helvesiek erfasst. Der mit Fa. Oetjen geschlossene Vertrag führe zu einem positiven Saldo von ca. 300.000 € pro Jahr. Die Vereine, die mit vielen ehrenamtlichen Helfern Altpapiersammlungen durchführen und hiermit Jugendfreizeiten und Ähnliches finanzieren, erhielten hierfür ca. 100.000 € pro Jahr, so dass ein positiver Saldo von 200.000 € pro Jahr im Gebührenhaushalt Abfallwirtschaft verbleibe. Im Einzelnen betrachtet, gebe es positive Salden bei den Depotcontainern und Vereinsammlungen. Negative Salden gebe es bei den Bündelsammlungen des Auftragnehmers und den Sammlungen über die Container der Entsorgungsanlage.

Zu den Entwicklungen der letzten Tage und Wochen teilt er mit, dass dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises am 01.04.2008 ein Fax der Firma Remondis mit dem Inhalt zugegangen sei, dass diese ab sofort „auf Anforderung“ den Haushalten Altpapiertonnen zur Verfügung stellen werde. Noch am gleichen Tag sei nicht „auf Anforderung“, sondern flächendeckend mit der Aufstellung in Zeven begonnen worden. Kurz darauf habe auch die Firma RZS dem Landkreis die Verteilung von Altpapiertonnen mitgeteilt. Bei RZS handele es sich um ein Gemeinschaftsunternehmen der Firmen Karl Meyer und Veolia (früher SULO). Verteilt habe RZS im Raum Bre-

mervörde. Weiter habe die Firma Nehlsen aus Osterholz die gewerbliche Sammlung von Altpapier im Landkreis Rotenburg (Wümme) angekündigt.

Grundlage für gewerbliche Sammlungen sei das 1996 durch den Bundesgesetzgeber geänderte Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz. Danach seien gewerbliche Sammlungen zulässig, wenn diese ordnungsgemäß erfolgten und berechnete öffentliche Interessen nicht entgegenstünden. Hintergrund für das derzeitige Interesse am Altpapier seien der gestiegene Altpapierpreis und aktuelle Gerichtsentscheidungen.

Das Aufstellen privater Altpapiertonnen berühre das öffentliche System und den Vertrag mit der Fa. Oetjen zunächst nicht. Allerdings sei damit zu rechnen, dass sich die Altpapiermengen im System verringerten. Dies könnte eine leichte Gebührenerhöhung verursachen. Daneben müssten die Vereine um ihre Vergütung aus der Straßensammlung fürchten. Darüber hinaus könne es Probleme geben, wenn der Landkreis bei einem Rückgang des Marktpreises für Altpapier sein bisher gut eingefahrenes und kostengünstiges System möglicherweise neu aufbauen müsse. Außerdem hätten zzt. der Landkreis und die Gemeinden einen Mehraufwand durch Beratung verunsicherter Bürger sowie die Entfernung nicht genutzter Altpapiertonnen zu verzeichnen, während die privaten Entsorger die Gewinne einstreichen würden. Für die Firma Oetjen gebe es schwere Probleme, da sich diese auf bestimmte Papiermengen verlassen und dementsprechend investiert habe.

Bei der Frage nach Handlungsmöglichkeiten stelle sich die Frage des Erlasses von Ordnungsverfügungen. Die Rechtsprechung habe sich dahingehend verfestigt, dass diese keine Aussicht auf Erfolg hätten. Das OVG Lüneburg und andere Gerichte hätten die Funktionsfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Entsorgung als nicht beeinträchtigt angesehen.

Zwar habe das OVG Hamburg vor einigen Tagen eine Ordnungsverfügung im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes nicht außer Kraft gesetzt; dieses aber vermutlich nur deshalb, da die Stadtreinigung Hamburg erklärt habe, bis zur Entscheidung in der Hauptsache ebenfalls keine Papiertonnen aufstellen zu wollen (Moratorium). Der NLT wie auch andere Landkreise vertreten die Auffassung, dass eine Ordnungsverfügung keinen Erfolg verspreche; die Rechtslage müsse so hingenommen werden, wie sie sei. Von einigen Bundesländern angestrebte Änderungen des § 13 KrW/AbfG würden im Hinblick auf die Konformität mit EU-Recht skeptisch gesehen.

Frühzeitig - nach dem genannten OVG-Urteil im Januar - sei zusammen mit dem Auftragnehmer des Landkreises überlegt worden, eigene Altpapiertonnen durch den Landkreis aufstellen zu lassen. Die vertraglich feststehenden Preisstrukturen sowie das Vergaberecht ließen jedoch bis heute keine sinnvolle Lösung erkennen, bei der der Gebührenhaushalt nicht draufzahlen müsste. Darüber hinaus hätte man den Vereinen finanzielle Einbußen zugefügt.

Auch könne im Augenblick nicht beurteilt werden, ob mit den gewerblichen Altpapiertonnen gegenwärtig tatsächlich Gewinne erzielt würden oder ob es sich um einen reinen Verdrängungswettbewerb handele. Auf weitere Überlegungen zur Aufstellung einer kommunalen Altpapiertonne habe man daher verzichtet.

Weiter habe man, um die Firma Oetjen - mit der man im Übrigen sehr zufrieden sei - nicht schlechter zu stellen als andere gewerbliche Altpapiersammler, sich entschlossen, auch deren Aufstellung von Papiertonnen zu dulden. Dieses hätte auch vertraglich z.B. bei Gründung einer Tochterfirma nicht verhindert werden können.

Erster Kreisrat **Dr. Lühring** erklärt weiter, dass beabsichtigt sei, das bisherige kostengünstige System unverändert aufrecht zu erhalten. Es solle zunächst einmal abgewartet werden, wie sich der Altpapierpreis entwickle und wie hierauf die gewerblichen Altpapiersammler reagierten. Auch müsse beobachtet werden, ob die Bürgerinnen und Bürger ihr Altpapier an private Entsorger verschenken oder im öffentliche System ließen. Nach Ablauf des Altpapiervertrages frühestens Ende 2010 sei aufgrund der Marktlage und des Bürgerverhaltens neu zu entscheiden. Eine Panikreaktion, bei der Vereine im Stich gelassen und in ein System investiert würde, bei dem draufgezahlt werden müsse, sei nicht angebracht.

Abg. **Bussenius** verweist auf die Eilanfrage seiner Fraktion vom 06.04.2008 und bestätigt, dass den örtlichen Feuerwehren und Schützenvereinen erhebliche finanzielle Mittel verloren gehen

könnten. Er begrüße die Ausführungen von **Dr. Lühring**. Zu den in der Eilanfrage genannten Positionen im Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft führt Herr **Schröder** aus, dass es noch zusätzlich Zahlungen des Dualen Systems gebe. In der Gesamtsumme führe dies für 2008 zu einem Überschuss beim Altpapier von ca. 200.000 €. Er führt weiter aus, dass ein Überschuss erst seit 2004 zu verzeichnen sei, und zwar zunächst in Höhe von ca. 70.000 € p. a. und mit dem aktuellen Vertrag seit 2007 von jährlich ca. 200.000 € p. a. Bei einer Ausschreibung zum jetzigen Zeitpunkt wäre der Überschuss wahrscheinlich noch höher gewesen, obwohl die Preise für Exportpapier seiner Kenntnis nach derzeit zurückgingen.

Abg. **Bargfrede** und Abg. **Riebesehl** vertreten die Auffassung, dass die Situation den Bürger unvorbereitet treffe und sich die Aufregung legen werde. Die Reaktionen der Bürger auf die Altpapiercontainer würden unterschiedlich ausfallen. Der Bürger müsse wissen, dass dem Gebührenerhalt Gelder verloren gingen und dass jeder selbst entscheiden müsse, ob er die wertvolle Arbeit der Vereine unterstützen wolle oder nicht. Auch Abg. **Wölbern** teilt die Ausführungen und ergänzt, dass die rechtliche Handhabe gegen gewerbliche Sammlungen nicht gegeben sei. Im Übrigen würden die Vereine die Sammlungen im Grunde genommen bei Wind und Wetter für nur einen kleinen Bonus durchführen. Die Arbeit der Vereine für die Gesellschaft könne dagegen nicht hoch genug bewertet werden. Es solle aufgrund der befremdlichen Handlungsweisen der gewerblichen Entsorger überlegt werden, ob das vorhandene System, durch z.B. kürze Leerungsintervalle bei den Depotcontainern und durch häufigere Sammlungen der Vereine optimiert werden könne. Grundsätzlich begrüße er Wettbewerb; man müsse sich diesem durch besseren Service stellen.

Abg. **Petersen** vertritt ebenfalls die Ansicht, das bestehende System fortzuführen. Ergänzend solle den Bürgern aufgezeigt werden, was durch die Gelder an die Vereine geleistet werde. Diese Präventionsarbeit vor Ort könne nicht hoch genug geschätzt werden. Vielleicht gelinge es durch Öffentlichkeitsarbeit, den Status quo zu sichern. Abg. **Bussenius** ist nicht zuversichtlich, dieses zu erreichen. Nach seiner Einschätzung werde es auf den Dörfern eher gelingen, die Vereinsammlungen zu sichern. Der Vorschlag, die Sammlungsintervalle durch die Vereine zu erhöhen und die Sammelstellensituation zu verbessern, begrüße er. Appelle an die Bevölkerung alleine seien aber zu wenig. Es müsse intensiv die Werbetrommel gerührt und den Bürgern Hilfestellungen gegeben werden. Auch der Abfallkalender biete Verbesserungsmöglichkeiten. So müsse bisher an mehreren Stellen gesucht werden, um alle wichtigen Termine zu finden.

In den Städten, so Abg. **Braunsburger**, würden die neuen Tonnen wohl eher begrüßt werden, zumal die Vereine dort nicht so fest etabliert seien. Eine intensive Aufklärung der Bürger sei wichtig.

Abg. **Riebesehl** vertritt die Ansicht, dass dem Bürger offen gesagt werden müsse, welche Konsequenzen die vermeintlich kostenlose Altpapiercontainer habe und er sich selbst benachteilige, wenn er diese nutze. Nach seiner Ansicht hätten sich die Bürger über das bisherige System nicht beschwert. Die große Masse sei hiermit zufrieden. Er bittet um Beantwortung der Frage, wann bei Tonnen, die auf öffentlichen Grund stünden, die Gemeinden für die Beseitigung zuständig seien. Erster Kreisrat **Dr. Lühring** antwortet, dass es keine eindeutige zeitliche Vorgabe gebe. Stünden Tonnen jedoch längere Zeit oder verkehrsgefährdend im öffentlichen Straßenraum, so seien die Gemeinden zuständig, könnten aber ggf. den Verursacher in die Pflicht nehmen.

Abg. **Dr. Fröhlich** führt zur Frage der Gewinne mit Altpapiercontainer aus, dass das Fortbestehen ungewiss sei und diese z.B. über die Abschreibungssätze gestaltbar seien. Vielleicht würden diese auch nur bedingt durch Verdrängungswettbewerb aufgestellt. Nach seiner Auffassung würden sich diese – wenn überhaupt – nur in dicht besiedelten Gebieten rechnen. Faktisch bestünde für den Landkreis mit Ausnahme der Information der Bevölkerung über die Konsequenzen kein Handlungsbedarf. Abg. **Wernecke** appelliert an die Gemeindevertreter, wie in seiner Gemeinde angedacht, die für die Bereitstellung der Containerstandorte durch den Landkreis zugewendeten Beträge an die Vereine weiterzuleiten.

Abschließend, so **Herr Schröder**, entnehme er den Äußerungen, dass der Service am bisherigen System dahingehend verbessert werden solle, die Vereinsammlungen zu intensivieren und die Leerungsintervalle der Depotcontainer zu erhöhen. Er weist ergänzend darauf hin, dass die über

Depotcontainer erfasste Menge nicht den Vereinen zugute käme. Auch sei bekannt, dass gerade in städtischen Gebieten einige der Containerstandorte häufig verschmutzt seien und eine noch so intensive Reinigung dieses nicht verhindern würde. Erster Kreisrat **Dr. Lühring** sagt zu, die angelegten Serviceverbesserungen zu prüfen.

Vorsitzender Leefers bedankt sich für die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema und schlägt vor, auch über eine höhere Beteiligung der Vereine an den Erlösen nachzudenken. Erster Kreisrat **Dr. Lühring** erklärt dazu, dass bereits mit dem Wirtschaftsplan 2008 die Vergütungen an die Vereine erhöht wurden.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Rotenburg (Wümme) für die Jahre 2008 bis 2012**

Erster Kreisrat **Dr. Lühring** berichtet, dass nach Durchführung der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung nunmehr eine abschließende Behandlung in den Gremien erforderlich sei. Gemeldet hätten sich die Gemeinde Gnarrenburg hinsichtlich der Reaktivierung der Deponie Kuhstedt und die Samtgemeinde Zeven zum bereits im Ausschuss diskutierten Thema Sperrmüllabfuhr nur noch auf Abruf und des Ersatzes der Gelben Säcke durch eine Gelbe Tonne. Die genannten Stellungnahmen geben zu Änderungen des Abfallwirtschaftskonzeptes keinen Anlass. Weiter habe eine Bürgerin Einblick das Abfallwirtschaftskonzept genommen.

Abg. **Wölbern** kritisiert die Qualität der Gelben Säcke. Diese würden zum Teil bereits kaputt ausgeliefert oder es fehlten Schnüre zum Zubinden. Erster Kreisrat **Dr. Lühring** teilt mit, dass die Stärke der Gelben Säcke bereits mit Firma Remondis ohne Erfolg besprochen worden sei. **Herr Schröder** ergänzt, dass letztlich der Landkreis auf eigene Kosten den Nachweis führen müsse, wenn die Gelben Säcke nicht der vorgegebenen Qualität entsprächen. Abg. **Dr. Fröhlich** teilt mit, dass seine Erfahrungen grundsätzlich positiv seien. Er habe unbürokratisch Ersatz bei beanstandeten Sackrollen erhalten. Der Landkreis solle auf eigene Kosten keine Qualitätsprüfungen durchführen lassen. Abg. **Bussenius** berichtet, er habe vor seinem Wohnortwechsel nur die Gelben Tonnen gekannt und halte diese für vorteilhafter. Hierzu führt Erster Kreisrat **Dr. Lühring** aus, dass dieses Thema schon häufiger diskutiert worden sei. Ein Systemwechsel sei zwar im Einvernehmen mit dem Landkreis grundsätzlich möglich, es gebe jedoch auch viele Bürger, die keinen Platz für eine Gelbe Tonne hätten. Außerdem verleite die Gelbe Tonne eher zu missbräuchlicher Beimischung von Restmüll.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Das Abfallwirtschaftskonzept wird in vorgelegter Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Ausschreibung von Entsorgungsdienstleistungen**

Erster Kreisrat **Dr. Lühring** berichtet, dass drei Fachbüros für die Durchführung der Ausschreibungen angeschrieben worden seien. Im Ergebnis sei ein Büro deutlich teurer gewesen, bei den verbleibenden zwei nahezu kostengleichen Büros habe eines seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen und eines in Hamburg. Das Büro aus Hamburg, die Fa. ATUS, sei bedingt auch durch die Ortsnähe und Bekanntheit in der Region beauftragt worden.

Im Einzelnen schlage Firma ATUS vor, die Lose Hausmüllsammlung und Sperrabfälle/Haushaltsgroßgeräte zu einer europaweiten Ausschreibung zusammenzufassen. Die Hausmüllsammlung (Los 1) solle für 6 Jahre mit einer einseitigen Verlängerungsoption durch den Landkreis von 4 Jahren vergeben werden. Einseitige Optionen seien marktüblich. Sperrabfälle und Haushaltsgroßgeräte (Los 2) sollen wegen der vergleichbaren Leistungsart gemeinsam und aufgrund des zzt. relativ hochpreisigen Marktumfeldes nur für 3 Jahre zzgl. einer Option auf weitere 2 Jahre vergeben werden.

Bei der Grünabfallverwertung werde eine gesonderte EU-weite Ausschreibung für 6 + 4 Jahre durchgeführt. Wie im Ausschuss beschlossen, solle die Zentrale Kompostierungsanlage (ZeKo) erhalten bleiben, da auf eine Kompostierung jedenfalls nicht komplett verzichtet werden könne. Weiter würden die bisher getrennten Verträge für Transport und Kompostierung zusammengefasst. Es bleibe den Anbietern überlassen, welche Mengen auf welche Art und Weise verwertet würden. Im Hinblick auf die angekündigte Änderung der Bioabfallverordnung werde aber eine Aufbringung auf Felder in unbehandeltem Zustand wahrscheinlich nicht mehr zulässig sein. Auch werde eine Wirtschaftlichkeitsgrenze für die Eigendurchführung der Grünabfallverwertung aufgenommen. Sollte diese überschritten werden, würde die Ausschreibung aufgehoben und allein der Teil Transport neu ausgeschrieben.

Als dritte Vergabe schlage Firma ATUS vor, die Problemabfälle national mit einer Laufzeit 3+2 Jahre zu vergeben.

Bei den EU-weiten Vergaben werde es für die Preiskomponenten Lohn und Diesel Preisgleitklauseln geben und den Bietern würde aufgegeben, Zweigniederlassungen im Landkreis Rotenburg (Wümme) zu gründen. Die Vergaben würden in der 2. Jahreshälfte 2008 erfolgen.

Auf die Frage des **Abg. Bargfrede**, ob die Vorstellungen des Maschinenringes zur Verwertung von Grünabfällen berücksichtigt würden, antwortet Erster Kreisrat **Dr. Lühring**, dass die rechtlichen Grundlagen nicht außer Acht gelassen werden könnten. Die Verwertung auf landwirtschaftlichen Flächen werde, wie ausgeführt, wahrscheinlich nicht mehr ohne Weiteres zulässig sein. Gleichwohl könne der Maschinenring an der Ausschreibung teilnehmen. Ergänzend führt **Herr Schröder** aus, dass für die Kompostierung ein bestimmtes Verhältnis von Laub/Gras zur holzreichen Fraktion erforderlich sei und damit praktische bestimmte Verwertungsvorgaben in das Leistungsverzeichnis aufgenommen würden.

Abg. Wölbern erkundigt sich nach der Eignung des auf den Sammelplätzen vorhandenen Materials an Baum- und Strauchschnitt für die Nutzung in Holzheizkraftwerken. **Herr Schröder** informiert, dass in den vergangenen Monaten entsprechende Versuche durchgeführt worden seien. Eine Nutzung des Materials für Verbrennungszwecke sei möglich, durch die zusätzliche Vorbehandlung des Siebens jedoch ein Zuschussgeschäft gewesen. Hinzu käme, dass in der Nähe keine geeigneten Anlagen vorhanden seien und das Material über größere Entfernungen transportiert werden müsste, z.B. in die Nähe von Berlin und Rostock. Im Rahmen des Arbeitskreises Bioenergie seien mittlerweile zwei Holzheizkraftwerke besichtigt worden. In beiden Anlagen würden zur Befeuerung reine Holzhackschnitzel verwendet. Er gehe aber davon aus, dass im Umfeld von Hamburg und Bremen neue Anlagen entstehen würden.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Preisprüfung Thermische Verwertung**

Erster Kreisrat **Dr. Lühring** berichtet, dass zwischenzeitlich die Stadtreinigung Hamburg die Schlussrechnungen gestellt habe. Diese würden zzt. noch geprüft. An der Belastung für den allgemeinen Haushalt von ca. 3 Mio € werde sich der Größenordnung nach nichts mehr ändern. In der vorletzten Sitzung des Kreisausschusses sei der Sachverhalt umfassend dargestellt worden und eine Zusage für eine abschließende Behandlung im Ausschuss für Abfallwirtschaft gegeben worden. **Vorsitzender Leefers** stellt fest, dass eine weitere Diskussion inhaltlich zu keinem anderen Ergebnis führen werde. **Abg. Wölbern** ergänzt, dass die Politik seinerzeit dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt sei und eine weitere Diskussion hierüber nicht weiterhelfe.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

Nachdem keine Anfragen gestellt wurden, schließt der **Vorsitzende Leefers** um 15.55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorsitzender
(Leefers)

Erster Kreisrat
(Dr. Lühring)

Protokollführer
(Holtermann)